

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,66 RM; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Stich-Zentrale). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 12.

Berlin, Sonnabend, 9. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Ergebnis der Reichstagswahl. — Arbeitslosenstatistik. — Die Reichstagswahl in Leipzig. — Allgemeine Nachrichten. — Gewerkevereine-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Das Ergebnis der Reichstagswahl.

Am 25. Januar sind nach einer vorläufigen Zusammenstellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im ganzen 11 282 574 Stimmen abgegeben worden. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 13 193 571. Davon haben mitbin 85,4 pSt. ihr Wahlrecht ausgeübt. Gegenüber dem Jahre 1903 hat die Zahl der Wahlberechtigten um 662 323 zugenommen. Die Zahl der abgegebenen Stimmen aber wuchs um 1 766 987. Von den 3 Millionen Nichtwählern ist also reichlich 1 Million diesmal mehr an der Wahlurne erschienen. Im Jahre 1903 betrug die Wahlbeteiligung 75,8 pSt. Auf die einzelnen Parteien verteilen sich diese Stimmen wie folgt:

	1907	1906	Zu resp. Abnahme
Deutsch-Konservative	1 070 668	948 448	+ 122 210
Reichspartei	447 808	838 404	+ 133 904
Nationalliberale	1 654 788	1 815 051	+ 841 687
Freis. Vereinigung	243 869	248 230	+ 100 139
Deutl. Volkspartei	784 582	545 586	+ 192 026
Deutsche Volkspartei	147 983	91 217	+ 56 716
Deutsche Reformpartei	94 850	—	—
Christl. Reformpartei	358 959	944 548	+ 304 266
Südb. Bauernbund	78 121	111 875	+ 38 254
Zentrum	2 183 881	1 875 292	+ 308 089
Polen	458 774	347 784	+ 105 990
Sozialdemokraten	3 258 968	3 010 771	+ 248 197
Dänen, Esten, Litauer	172 078	?	?
Andere Parteien	260 518	?	?
Unparteiische	8 842	11 884	- 3 842

Die Parteien lassen sich nach drei Hauptrichtungen auseinanderhalten, die gebildet werden durch Konservative, Liberale und Sozialdemokraten. Zu der konservativen Gruppe gehören: Deutsch-Konservative, Reichspartei, Deutsche Reformpartei, Antikemiten, Bauernbund und das Zentrum. Diese Gruppe hat bei der diesmaligen Hauptwahl 4 228 277 Stimmen aufgebracht.

Die zweitstärkste Gruppe wird gebildet durch die vier liberalen Parteien. Es sind dies die Nationalliberalen, die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Süddeutsche Volkspartei. Diese Gruppe brachte 3 876 542 Stimmen auf.

Die dritte Gruppe wird dargestellt durch die Sozialdemokratie, für welche 3 258 968 Stimmen abgegeben wurden. Die kleineren Parteien der Polen, Dänen, Esten, Litauer gehören in ihrer Grundstimmung den erfigennten beiden Gruppen an. Ihre politischen Tendenzen sind aber immerhin noch so erheblich verschieden von jenen, daß sie weder der einen noch der anderen Gruppe direkt zugezählt werden können.

Nach dieser Aufstellung ist die konservative die stärkste unter den drei Hauptgruppen, was hauptsächlich zurückzuführen ist auf das an Stimmen und Mandaten mächtige Zentrum. Das Zentrum selbst hat seine innere Geschlossenheit nicht durch die einheitliche politische Auffassung, denn eine solche Einheitlichkeit gibt es bei dem Zentrum am allerwenigsten, in ihm sind vielmehr fast alle politischen Richtungen vertreten. Es gehören dazu sowohl radikal-demokratische Elemente, wie auch politische gemäßigte und ganz reaktionäre Elemente. Die Einheit in dieser Partei bildet der Katholizismus.

Die Mehrheit der katholischen Wähler hält es unbedenklich um alle anderen Dinge für eine religiöse Gewissenspflicht, für das Zentrum zu stimmen. Daraus erklärt sich allein die sonst gar nicht zu verstehende Tatsache, daß die Mehrheit der katholischen Arbeiter nach wie vor zum Zentrum hält, obgleich das in dieser Partei im Reichstagswahljahr führende agrarische Element die Mitwirkung des Zentrums bei der künstlichen Vertenerung aller Lebensmittel herbeigeführt hat. Sowohl in bezug auf die starke sträfliche Einwirkung, wie auch bezüglich der wirtschaftlichen Stellung des Zentrums, muß diese Partei der konservativen Richtung zugerechnet werden. Früher huldigte das Zentrum in wirtschaftlichen Dingen dem Liberalismus und in politischen Fragen der bürgerlich demokratischen Anschauung. Das ist leider längst anders geworden.

Die liberale Richtung beruht auf der Einheit ihrer Weltanschauung. Der Liberalismus der Nationalliberalen ist aber in den letzten Zeiten meist nur sehr schwach zum politischen Ausdruck gekommen und da er sich obendrein auch noch vor den Forderungen der agrarischen Wirtschaftspolitik spannen ließ, so war er mehr und mehr eine unterstützende Kraft der agrarisch-reaktionären Bestrebungen geworden, statt eine feste Basis für den entschiedenen Liberalismus zu sein. Die jungliberale Bewegung kann dies vielleicht später einmal ändern. Die liberale Weltanschauung muß kraftvoll zum Ausdruck gebracht werden von allen liberalen Parteien, dann wird sie Stärkung erfahren aus der sozialdemokratischen Richtung, in der es heute mehr unzufriedene Elemente gibt, als in irgend einer der anderen politischen Hauptgruppen.

Wenn die Sozialdemokratie sich aufrufen und den demagogischen Schwund vom Zukunftsstaat über den Haufen werfen und eine energische bürgerlich-demokratische Partei werden wollte, dann würde es bald der so verklärten liberalen Richtung ein leichtes sein, die heute, trotz des allgemeinen und geheimen Wahlrechts, noch vorherrschende unheilvolle konservative Macht zurückzuwerfen. Die Sozialdemokratie kann sowieso ihre utopistischen Ziele niemals verwirklichen. Da wird sie immer wieder zurückgeworfen werden! Die in ihr lebenden und webenden Kräfte können sich nur dann für die gesamte Volkssache nützlich betätigen, wenn sie statt der iden Klassenpolitik, die in ihrer Wirkung durch und durch reaktionär und freheitswidrig ist, eine warmherzige, energisch-fortschrittliche Volkspolitik betreiben helfen. Das können sie aber wieder nur dann tun, wenn sie sich hineinbegeben in die Mitarbeit für eine großzügige, wahrhaft nationale, dem geistigen und wirtschaftliche Aufstiege des ganzen Volkes dienende Politik. Und nur durch diese kann gleichzeitig auch die Arbeiterfrage wirksam gefördert werden!

Arbeitslosenstatistik.

Die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung des Kaiserlich-Statistischen Amtes für das vierte Quartal vorigen Jahres zeigen ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Soweit die Angaben für die Deutschen Gewerkevereine in Betracht kommen, vermehrte sich die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit gegenüber dem dritten Quartal um 771, die der unterstützten Mitglieder um 408, die der Tage um 3525. Die Unterstützungssumme erhöhte sich um 5063 RM. Es ist zwar allgemein bekannt, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten eine Steigerung erfährt. Die

besonders starke Zunahme im vierten Quartal wurde aber im Vorjahre nicht bemerkt und ist sicherlich kein gerade gutes Omen für die Zukunft.

Das rapide Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen kommt auch zum Ausdruck in der allgemeinen Uebersicht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im vierten Quartal war bei den sämtlichen Mitgliedern aller Verbände

Arbeitslosentage am Ort,	auf der Reise,
645 227	94 491
insgesamt 739 718 Arbeitslosentage. 76 768 Fälle von Arbeitslosigkeit am Orte wurden im Quartal gemeldet; danach würde die durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenfalles im Gesamtdurchschnitt aller Verbände rund 11 Tage betragen haben. Sie ist mithin fast doppelt so hoch als im dritten Quartal.	

Nach der an den drei Stichtagen im Quartal vorgenommenen Zählung gestaltete sich die Arbeitslosigkeit wie folgt: 48 waren arbeitslos am 27. Oktober 12 455 am Ort und 1878 auf der Reise

24. November 12 953	1524
29. Dezember 19 582	1699

Für die Gewerkevereine veranschaulicht die folgende Tabelle die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und die dafür gezahlten Unterstützungen.

Gewerkeverein der	Fälle	Unterstützte Mitglieder	Tage	Gehilfen Markt
Reifenbau- u. Metallarb. Fabrik- und Handarbeiter	783	461	7426	11617
Kaufleute (Handlungsgehilfen)	257	90	1546	1659
Fischer u. verwandte Berufsgruppen	549	109	4204	7485
Schuhmacher u. Lederarbeiter	194	102	1207	1830
Textil- (Textil-) Arbeiter	92	87	1865	2490
Schneider u. verwandte Berufsgruppen	27	26	447	285
Graphische Berufe, Maler	88	11	78	187
Zigarren- u. Tabakarbeiter	72	29	584	694
Töpfer, Ziegler u. a. Personen	15	15	121	137
Bauhandwerker	218	5	94	36
Bühnenarbeiter	46	212	212	212
Rauschtrinker	16	1	10	10
Frauen	18	4	72	45
Summe	2254	1152	17825	20986

Die Gewerkevereine der Bergarbeiter und der Schiffszimmerer hatten im berichtenden Quartal keine Arbeitslose. Neben den Angaben an Arbeitslosenunterstützung zahlten 8 Gewerkevereine noch an 398 Personen 2240 RM. Reiseunterstützung. Einer anscheinend auffallenden Erscheinung begegnen wir beim Gewerkeverein der Bauhandwerker. Hier wurden 213 Fälle von Arbeitslosigkeit ermittelt, während nur 5 Mitglieder für 36 Tage 36 RM. Unterstützung erhielten. Dies hat seinen Grund darin, daß laut Statut arbeitslose Mitglieder in den Monaten Dezember bis März, also während der toten Saison, keine Unterstützung erhalten.

Eine Gegenüberstellung mit dem Ergebnis der Zählung von 1905 liefert den Beweis, daß das verfloßene Jahr in wirtschaftlicher Beziehung ein günstiges war.

	Fälle	Unterstützte Mitglieder	Tage	Gehilfen Markt
I. Quartal 1906	2349	1222	25104	40581
II. Quartal 1906	1805	1182	20681	65581
III. Quartal 1906	1487	749	12800	21595
IV. Quartal 1906	2258	1152	17825	26858
Summe 1906	7799	4355	79810	154425
1905	8848	5507	108498	152649
	-549	-1152	-23688	+1776

*) Siehe „Gewerkevereine“ Nummer 81 und 82, Jahrgang 1906.

Abgehen von dem unrichtigen Ergebnis des zweiten Quartals, das durch irrillmliche Berichterstattung seitens der Ortsvereinskassierer im Gebiete der Maschinenbauer entstanden war, ist das Resultat ein äußerst befriedigendes. Ein gleich günstiges Ergebnis liefert die allgemeine Statistik der Verbände. Trotz der geringen Arbeitslosigkeit zahlten die Arbeiterorganisationen in 1906 annähernd 3 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung; davon entfielen auf das vierte Quartal 588 055 M. an Ortsunterstützung und 107 895 M. Reiseunterstützung. Die gesamte Unterstützungsleistung betrug mithin im vierten Quartal 695 950 M.

Die Reichstagswahl in Leipzig.

Die „Leipziger Volkszeitung“, das edle Organ des blutigen Franz Mehring, sucht Krügelknaben; kundige Finder erhalten die üblichen Anzeiger. Das Ergebnis der Reichstagswahl in Leipzig steht wohl beipiellos da. Es ist bezeichnend, daß nicht nur die bürgerlichen Stimmen gegenüber der letzten Wahl 1903 um 8000 zugenommen, sondern daß die Sozialdemokratie trotz des Bevölkeringzuwachses etwa 2000 Stimmen gegen 1903 verloren hat. Und das an dem Ort, wo der Radikalismus in Reinkultur geübt wird! Dieses Ergebnis hat nun bei der „ultraradikalen“ Redaktion des Organs für den „Sauberdenton“ gleich einer Bombe eingeschlagen. Die Mehringleute haben nun ein heiliges Femgericht eingesetzt, das hochnotpeinliche Untersuchungen vornehmen soll, wer diese eklantante Niederlage verursacht hat. Den Uebelthätern werden blutrünstige Urteile im Ausschick gestellt. Die „Berliner Volkszeitung“ hatte leise angedeutet, daß vielleicht Schuld daran sein könnte der klaffische „Sauberdenton“ und die Art und Weise, wie die jonnalistischen Parteipäpste an der Spitze verdiente Männer der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung behandelten, wie insbesondere Mehring anbauern als Schulbube und Lumpenhund bezeichnet worden ist. Wegen dieser leisen Andeutung ist der frühere Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“, Herr Franz Mehring, in einen heiligen Horn geraten und büßet nun in seiner bekannten Manier den Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“, Herrn Volkath, als „freisinnigen Rastraten“, „Streitbrecher“ und „Solbshreiber der jüdischen Bourgeoisie“ herunter. Die „Berliner Volkszeitung“ nennt er schwindelhaft. Mehring gibt indes zu, daß vom Parteianbunde aus auch in Leipzig manches gebessert werden müßte, will sich aber nur mit verständigen Worten darüber unterhalten. Altem Anschein nach rechnet Herr Franz Mehring, von Belal. Das psychologische Kistel“ gebrühen (Verlonalbeskreiß S. 165 b. Protol. d. Parteitagcs in Dresden), Herrn Volkath nicht zu diesen verständigen Worten, worüber sich derselbe wohl auch keine grauen Haare wird wachsen lassen.

Das heilige Femgericht hat sich bei seinen hochnotpeinlichen Untersuchungen allem Anschein nach auch mit den Deutschen Gewerksvereinen beschäftigt. Da sich nun glücklicherweise die Deutschen Gewerksvereine niemals des Wohlgefallens der „V. B.“ erfreuten, so ist das wieder ein fetter Bißsen für die Mehringleute, die Gewerksvereine als schuldige Sünder, ab dieser eklantanten Niederlage zu denuncieren. Zunächst ist noch auf die Vorgänge vor der Reichstagswahl hingewiesen. Wie an vielen anderen Orten, haben sich auch die Gewerksvereine von Leipzig an alle in beiden Wahlkreisen aufgestellten Kandidaten gewandt. Neben Zulassung des Programms der Deutschen Gewerksvereine wurden den Kandidaten folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. Wie sehen Sie zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für das Reich und seiner Ausdehnung auf die Einzelstaaten, sowie der Reueinciana der Wahlkreise?
2. Stimmen Sie für volles, uneingeschränktes Koalitionsrecht aller Arbeiter und Angehörten, ferner für ein freies Presse-, Vereins- und Versammlungrecht?
3. Treten Sie für Befreiung aller Klassen-, Standes- und Konfessionsvorurteile ein?
4. Sind Sie für blüige Rahrung und dementsprechend für Aufhebung der Lebensmittelsteuern und der indirekten Steuern?
5. Wie sehen Sie zum weiteren Ausbau des Arbeiter- und Arbeiterbewegung der Sozialpolitik?
6. Erkennen Sie die Deutschen Gewerksvereine als eine selbständige Arbeiterorganisation, innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung an. Und sind Sie bereit, dieselben im Parlament gegen Angriffe von rechts und links zu verteidigen?

Dafür, daß die Gewerksvereine obengenannte Fragen an die Kandidaten richteten, wurden sie von der „V. B.“ als ganz jämmerliche Gesellen beschimpft.

Nicht geantwortet hat der sozialdemokratische Kandidat für Leipzig-Land, Herr Geier. Der freisinnige Kandidat hat alle Fragen mit ja beantwortet. Der dritte Kandidat hat kurz vor der Wahl ein Schreiben eingeschickt, aus dem eine bestimmte Stellung nicht zu ersehen war. Der sozialdemokratische Kandidat für Leipzig-Stadt, Herr Lange, hat die ersten fünf Fragen mit ja beantwortet, der

sechsten Frage ist er aus dem Wege gegangen. Der liberale Kandidat, Herr Dr. Jund, teilte mit, daß er die fünfte und sechste Frage aus vollem Herzen bejahe, die übrigen Fragen wolle er in öffentlicher Wählerversammlung behandeln. Das ist denn auch zur Zufriedenheit geschehen.

In einer Kritik der „V. B.“ über diese Versammlung steht zu lesen: „Daß der Ditsch-Durckerische Gewerksvereiner Sauer sehr referiert aufgetreten sei und im übrigen die Frage offen ließ, für wen denn seine Genossen am Wahltage eintreten werden.“ Wörtlich hat Sauer gesagt: „Die eingegangenen Antworten werden den Mitgliedern mitgeteilt, dieselben würden sich dann schon selbst ein Urteil bilden und demgemäß ihren Stimmzettel am 23. Januar abgeben.“

Das waren die Vorgänge vor der Wahl. In einer Kritik über die verschiedenen Korporationen als Reichstagswähler läßt sich die „V. B.“ nimmehr in der sibiigen Tonart wie folgt vernehmen:

„Das die Ditsch-Durckerische Gewerksvereine anlangt, die man besonders hier in der Stadt für die „nationalen“ Kandidaten einzufragen suchte, so würden deren Mitglieder Berrat an sich selbst gerührt haben, wenn sie für die nationalen Kandidaten gestimmt. Wenn man der Aufschrift aus Gewerksvereinstimmen an das Gerfurthische Papier gemeint sind die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ — nur entsetzt glauben darf, so sollen die mehr als 120000 Mitglieder ähnlenden Deutschen Gewerksvereiner liberal im bürgerlichen Lager getreten haben, eilliche ihrer bekanntesten Führer sind sogar agitatorisch für die bürgerlichen Kandidaten gegen die Sozialdemokraten tätig gewesen. Das hat einen sehr tiefen und nachhaltigen Eindruck gemacht. Die Deutschen Gewerksvereiner gelten allgemein als die intelligentesten Arbeiterkassen. Die haben angeeifert durch den ungetreuen rüden Ton der sozialdemokratischen Presse, einen breiten Erfolg zu erzielen, sich und die Sozialdemokratie ist die Bahn für die Niederlage der Sozialdemokratie ist die Bahn für die Gewerkschaften freier geworden. Sie werden in den nächsten Wochen eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entwickeln und hoffen auf einen starken Erfolg unter den von der Sozialdemokratie abgeordneten intelligenten Arbeiterkreisen. Das sind ernstliche Einwände, die der jetzige schwere Wahlkampf gereizt hat.“ (Diese Aufschrift stammt übrigens nicht aus Gewerksvereinstimmen. Red. d. Gewerks.)

Die „V. B.“ schreibt nun weiter: „Wenn dieser Arbeitererrat für die Ditsch-Durckerischen Gewerksvereinsmitglieder allgemein zuträfe, dann drauhten sich die aber nicht wundern, wenn sie in Zukunft genau so scharf bedacht bekämpft würden, wie wenn einzelne dieser Gewerksvereiner Streikführer machen. Wenn aber die Leiter dieser Vereinigung schamlos genug waren, für die Hottentottenblodkandidaten zu wirken, so sollen sie uns nicht mit ihrem widerlichen Gesellen kommen, wenn wir sie gebührend als Arbeitererräter behandeln.“

Soviel hätte man doch von diesen Arbeiterführer erwarten dürfen, daß sie nicht um Danke für die ungetreuen Arbeiterausperrungen und kolossalen Belästigungen der Arbeiter für die Kapitalvertreter eintreten und agitieren, nur einen Funken Arbeiterrechte brauchen sie haben, um sie scharf gegen den ganzen Wählkampf vorgehen zu lassen. Wie tief diese Herren samt ihrer Organisation gesunken sind, können sie daran erkennen, daß sie von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ übers Wohlwille gelobt werden.

Die Mitglieder der Gewerksvereine sollen aber nur einmal den Versuch machen, die während der Wahlbewegung zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit der Kandidaten in die Tat umzusetzen zu verlangen, dann könnten sie im Gerfurthischen Betriebe etwas zu spüren bekommen. Ueber diese Arbeitererräterei auf dem politischen Gebiete ist übrigens das letzte Wort noch nicht gesprochen.“

Dies der gehäßliche Erguß der „V. B.“. Was sagte doch Herr Braun in Dresden: „Wenn das Chamäleon müde wird, dann wechselt es die Farbe!“

Als oberste Bedingung in der Rundgebung der Hauptleitung der Deutschen Gewerksvereine zur Reichstagswahl steht zu lesen: „Gewerksvereiner, wählt keinen Lebensmittelverkäufer, keinen Wahlrechtsverächter, keinen Gegner des Koalitionsrechts und vor allem keinen Feind unserer Organisation!“ Wie schon erwähnt, sind an einzelnen Orten, auch in Leipzig, den aufgestellten Kandidaten aller Parteien schriftliche Anfragen, die sich mit obigen Forderungen decken, vorgelegt worden. Dafür beschimpft das Organ für „Sauberdenton“ die Gewerksvereiner als jämmerliche Gesellen! Die Stichwahlparole des sozialdemokratischen Parteivorstandes findet auch die gnädige Billigung der „V. B.“. Ein Unterschied zwischen dieser und der Wahlparole der Deutschen Gewerksvereine ist nicht zu konstruieren, demnach müßte nun auch die „V. B.“ ihren Parteivorstand als jämmerliche Gesellen bezeichnen. Aber ja Bauer, das ist etwas anderes!

Das widerliche Getue der „V. B.“ ist derartig schmutzig und ekelhaft, daß viele Arbeiter sich gezwungen sehen, eine Revision ihrer politischen Überzeugung vorzunehmen, ob diese aber zugunsten der „V. B.“ ausfällt, das steht allerdings auf einer anderen Seite. Die Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine läßt es kalt, ob sie von der „V. B.“ beschimpft, oder von den „V. B.“ gelobt werden, aber auch umgekehrt. Das wird in der Ausbildung ihrer politischen Rechte nicht beeinflussen. Sie müßten keinen Funken Arbeiterrechte besitzen, wenn sie sich durch derartiges widerliches Gesellen Vorurteilen machen ließen. Das möge sich die „V. B.“ merken.

Im übrigen, was „das letzte Wort“ betrifft, das noch gesprochen werden soll, so bitten wir: „Kaus mit der Sprache!“ Gleichgültig, ob blutrünstig oder im Stile des klaffischen Sauberdentons, wir werden zu antworten wissen. Leipzig, — or.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 8. Februar 1907.

Die Zusammenfassung des Reichstages. Mit den Stichwahlen, wozon ein Teil schon am 2. und 4. Februar vorweggenommen wurde, hat die Reichstagswahl am 5. d. Mts. ihren Abschluß gefunden. Zwei Abgeordnete sind doppelt gewählt, ein Freisinniger und ein Pole. Es muß daher in zwei Wahlfreien eine Nachwahl stattfinden. Nach einer Zusammenstellung in der „V. B.“, die gleichzeitig auch angibt, wie der alte Reichstag kurz vor der Auflösung aussah, ist der neue Reichstag, abgesehen von der Verminderung der sozialdemokratischen Mandate, nicht wesentlich anders zusammengesetzt als der alte:

	Der alte Reichstag	Der neue Reichstag
1. Konservatives	52	59
2. Freisinnige (freisinnig-konservativ)	35	21
3. Deutsche Reformpartei (Ant.)	8	6
4. Wirtschaftliche Vereinigung, Bund der Landwirte	15	23
5. Nationalliberale	51	55
6. Zentrum	104	105
7. Polen	16	20
8. Freisinnige Vereinigung	10	11
9. Freisinnige Volkspartei	20	28
10. Deutsche Volkspartei	6	7
11. Sozialdemokraten	79	48
12. Ethäliser, Dänen, Welsen, Wlibliberale, Wüde, Frat-kionslose	16	19
	597	597

Von den „Wlibliberalen“ dürfen einige den freisinnigen Fraktionen zugerechnet werden.

Stellt man die Fraktionen in ähnlicher Weise zusammen, wie wir dies in unserem Artikel getan, dann verliert die erste Gruppe über 214 Mandate gegenüber 202 im alten Reichstag. Diese auf hohe Höhe eingeschlossene Gruppe hätte auch im alten Reichstag bereits eine Mehrheit. Die zweite, die liberale Gruppe, hat die Zahl ihrer Mandate von 86 auf 101 erhöht, nicht gerechnet die Wlibliberalen. Der Zuwachs der ersten beiden Gruppen erfolgte auf Kosten der dritten, der Sozialdemokratie, die 38 Mandate einbüßte.

Im Sinne unseres Artikels „Eine ernste Pflicht“ äußert sich auch die nationalliberale „Köln. Ztg.“. Nach Aufzählung der sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages erklärt sie: „Der neuen Vertretung des deutschen Volks erwächst also mit der großen Aufgabe eine große Verantwortung und die Pflicht, die großen Hoffnungen, die von Millionen auf sie gesetzt worden, nicht zu enttäuschen, um so mehr, als die Regierung nach dem kaiserlichen Erlass zum 25. jährigen Gedenktage der Vottschaft Wilhelm I. und nach der Antwort des Reichstages auf die Anfrage der „Offenbacher Ztg.“ eine kraftvolle Fortführung der sozialen Vesehtgebung zu betätigen gewillt ist. Die Verantwortung, die den bürgerlichen Parteien zufällt, ist noch der unerwarteten Niederlage der Sozialdemokratie noch gewachsen, denn in dieser haben viele trotz aller Unfruchtbarkeit ihrer Politik auch in sozialen Dingen immer noch wenigstens das beste Gemissen gesehen, das die anderen Parteien vorwärts trieb. Diese Auffassung von der fördernden Wirkung der Sozialdemokratie ist natürlich willkürlich, denn wir sind überzeugt, daß auch ohne Bebel und Genossen die Sozialpolitik ihren Weitergang genommen hätte, da unter ganzes öffentliches Leben viel zu stark mit sozialpolitischen Ideen durchsetzt ist, als daß es auf diesem Wege noch ein Halt oder gar ein Rückwärts geben könnte. Den bürgerlichen Parteien aber ist jetzt nach dem unermühten Ausgang der Reichstagswahlen die schönste Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß es der Sozialdemokratie gar nicht bedarf, um dem zur Geltung zu verhelfen, was auf sozialpolitischem Gebiet als die Forderung des Tages erkannt ist.“

Die persische Staatsregierung wegen des suchbaren Grubenunglücks zu interpellieren haben das Zentrum und die freisinnigen Parteien des Abgeordnetenhauses beschlossen. Der auf Antrag unserer Verbandsredaktion erfolgte Beschluß der freisinnigen Fraktionen hat folgenden Wortlaut: „Ist die königliche Staatsregierung bereit, Auskunft zu geben über die Ursachen des Grubenunglücks, das die Zechen Reden betroffen hat, und was gedenkt die königliche Staatsregierung zu tun, um in Zukunft eine größere Sicherheit gegen derartige Bergwerkskatastrophen zu schaffen?“

